

# Zu anspruchsvoll

Laut OECD sind die Hürden für Zuwanderer gering. Doch die Firmen nutzen das kaum

Von Mira Gajevic

Deutsche Unternehmen klagen gerne und regelmäßig über den Fachkräftemangel. Dass allerdings so wenige qualifizierte ausländische Arbeitnehmer nach Deutschland kommen, liegt einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zufolge nicht an zu hohen bürokratischen Hürden hierzulande. Vielmehr ist es die Wirtschaft selbst, die zu wenig unternimmt, um ausländische Fachkräfte anzulocken und einzustellen. Selbst von den Unternehmen, die schon jetzt davon ausgehen, dass ihnen qualifiziertes Personal fehlen wird, plane nur jedes Fünfte, in den nächsten Jahren Arbeitskräfte aus dem Ausland einzustellen, heißt es in der am Montag in Berlin vorgestellten Studie. Eine fatale Fehleinschätzung, findet der Stellvertretende OECD-Generalsekretär Yves Leterme. „Mittelfristig ist davon auszugehen, dass die offenen Stellen in Deutschland nicht allein durch inländische Fachkräfte und durch Zuwanderung aus der EU gefüllt werden können“, sagte er bei der Vorstellung des Berichts.

## Fehlende Deutschkenntnisse

Als eine Ursache für die zögerliche Personalpolitik der Wirtschaft macht die OECD die irri- gere Überzeugung der Arbeitgeber aus, dass die Anwerbung von Personal im Ausland zu kompliziert sei. Mit der Realität habe das nicht mehr viel zu tun, kritisieren die Autoren. „Deutschland gehört zu den OECD-Ländern mit den geringsten Hürden für die Zuwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte“, heißt es in der Studie. So gebe es in Deutschland anders als in anderen Ländern keine Begrenzung für die Zahl hoch qualifizierter Zuwanderer pro Jahr. Die Bearbeitungszeit der Anträge sei kurz, das Verfahren kostengünstig, nur selten würden zudem Bewerber abgelehnt. Dennoch werde das deutsche Zuwan-



Hat goldenen Boden: Fassbau.

GETTY IMAGES/JOHANNES SIMON

derungssystem auch im Ausland als restriktiv und schwer zugänglich wahrgenommen: als „Anwerbestopp mit Ausnahmen“. Aus OECD-Sicht sollte Deutschland deshalb Arbeitsmigration „unter

klar definierten Voraussetzungen grundsätzlich erlauben“. Vor allem kleine und mittelgroße Betriebe bestünden zudem auf Deutschkenntnissen und sehr spezifischen Qualifikationen, die

im Ausland schwer zu finden seien. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) appellierte an die Firmen, hier flexibler und offener zu sein. Leterme plädierte zudem dafür, berufsspezifische Deutschkurse zu fördern. Auch das Angebot von Deutschkursen im Ausland müsse ausgebaut werden.

Die bisherigen Reformen weisen nach Letermes Worten in die richtige Richtung. Der Wohlstand Deutschlands werde aber in Zukunft „wesentlich davon abhängen, ob es dem Land gelingt, trotz seiner alternden Bevölkerung wettbewerbsfähig zu bleiben“. Es zeichne sich ab, dass im Jahr 2020 in Deutschland fast 40 Prozent weniger Menschen ins Erwerbsleben eintreten werden als in Rente gehen. „Dies ist der ungünstigste Wert im ganzen OECD-Raum“, sagte Leterme.

## Standort überschätzt

Thomas Schonscheck vom Personalvermittler Manpower sieht sich durch die Studie bestätigt. „Unsere Erfahrungen decken sich mit den Ergebnissen der Studie. Die Nachfrage seitens der Unternehmen ist da, allerdings mangelt es an der Umsetzung“, sagte Schonscheck, verantwortlich für die Personalvermittlung bei Manpower, der Frankfurter Rundschau. Die Rekrutierung von Personal im Ausland unterscheide sich stark von der lokalen und regionalen Anwerbung. Dabei hätten deutsche Unternehmen häufig zu hohe Anforderungen an Sprachkenntnisse, auch die Bedeutung des Wirtschaftsstandorts Deutschland werde überschätzt. „Wir stehen klar im Wettbewerb zu anderen europäischen und weltweiten Arbeitsmärkten“, sagte Schonscheck und nannte als Beispiel Schweden. Dort werde in der Begrüßungsphase von Ärzten 40 000 Euro in Sprachschulungen und Integration investiert. Auch im Ausland übliche Relocation-Packages, also Ansiedlungshilfen, fehlten hier häufig.

# Skandal bei Bank holt Draghi ein

Kannte der EZB-Chef die Monte-Paschi-Schieflage?

Mario Draghi steht eine heikle Woche bevor: Nach 15 Monaten im Amt wird der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) am Donnerstag nach der Ratssitzung zwar keine Zinsänderung oder neue Krisenhilfen erklären müssen. Dennoch steht der Italiener, den in den zurückliegenden Monaten nicht wenige dafür gefeiert haben, dass er den gordischen Knoten der Euro-Schuldenkrise scheinbar durchschlagen hat, unter massivem Druck.



Mario Draghi – kann der EZB-Chef auch Aufsicht? REUTERS

Als ehemaliger Chef der Banca d'Italia und oberster Bankenaufseher seines Heimatlandes machen ihn nicht wenige mitverantwortlich für den Skandal um die italienische Bank Monte dei Paschi, der die Finanzwelt seit Tagen beschäftigt. Bisher hat Draghi zu den Vorwürfen geschwiegen, er selbst und seine Bankenaufseher in Rom hätten viel zu lange entweder nicht gesehen, was bei Monte dei Paschi alles schief lief, oder aber weggeschaut und ihre Druckmittel nicht genutzt.

Draghi muss sich am Donnerstag daher auf unangenehme Fragen einstellen. Man darf gespannt sein, ob es ihm gelingen wird, die Zweifel an der neuen EZB-Aufgabe zu zerstreuen. Ab Jahresende ist sie mit der Aufsicht über die wichtigsten Banken der Euro-Zone betraut – ganze anderen Kalibern als der in Siena beheimateten ältesten Bank der Welt.

Nach Einschätzung des Commerzbank-Ökonomen Michael Schubert wird die EZB den Leitzins bei 0,75 Prozent belassen. Laut Schubert wird der Notenbankchef wohl „auf das deutlich gestiegene Vertrauen an den Finanzmärkten verweisen, aber auch klarstellen, dass die Erholung der Realwirtschaft noch immer auf eher wackeligen Füßen steht.“ Er erwartet, dass Draghi die Gelegenheit nutzen wird, um erneut an die Politik zu appellieren: Sie soll die Atempause für Reformen und Sparanstrengungen nutzen, die die EZB durch das Angebot geschaffen hat, Staatsanleihen von Euro-Ländern im Notfall unbegrenzt zu kaufen.

Tatsächlich glätten sich die Wogen. Viele Beobachter werten es als deutliches Zeichen der Entspannung, dass die Institute aus der Euro-Zone die erste Möglichkeit einer Sondertilgung langlaufender EZB-Kredite nutzten und 137 Milliarden Euro an die Zentralbank zurücküberwiesen. In den nächsten Monaten dürfte die Geldflut, mit der die EZB kurz vor Weihnachten 2011 versuchte, eine Kreditklemme zu verhindern, weiter zurückgehen. (Reuters)

# Schock bei Belegschaft von Hewlett-Packard

Rund 200 Mitarbeiter protestieren am Standort Rüsselsheim gegen die geplante Schließung

Von Marie-Sophie Adeoso

RÜSSELSHEIM. „Es betrifft uns alle“, sagt Yvonne Hoffmann. „Ob Manager oder Sekretärin: Die Leute werden arbeitslos.“ Hoffmann ist eine von rund 200 Mitarbeitern des IT-Unternehmens Hewlett-Packard (HP), die Montagmittag auf dem Firmengelände in Rüsselsheim gegen die geplante Schließung des Standorts protestierten. „Ich werde im Sommer 50, ich stehe mit dem Rücken an der Wand!“

HP hatte bereits im vergangenen Jahr einen weitreichenden Stellenabbau angekündigt, weltweit sollen 29 000 Jobs wegfallen. Am Freitagnachmittag hatte die Geschäftsführung dann die Belegschaft per Mail darüber informiert, den Betrieb in Rüsselsheim Ende Oktober einzustellen. Etwa

850 Mitarbeiter werden ihren Job verlieren.

Weitere 250 Mitarbeiter des IT-Dienstleistungszweiges HP Enterprise Services sollen von Geschäftspartnern übernommen werden – vor allem von dem Rüsselsheimer Autobauer Opel. „General Motors ist entschlossen, die Leute zurückzuholen“, sagte HP-Betriebsratschef Volker Stichter nach der Kundgebung. „Damit entfällt natürlich ein wesentlicher Grund für den HP-Standort Rüsselsheim.“

## Vertragsangebot von GM

HP Enterprise Services war aus dem im Jahr 2008 übernommenen Dienstleister EDS hervorgegangen, einer einstigen GM-Tochter. Noch bevor die Schließung des Rüsselsheimer HP-Betriebs



Kundgebung auf dem Rüsselsheimer Betriebsgelände. RHEKER

bekanntgegeben wurde, waren rund 250 Mitarbeiter am Freitagmorgen über das GM-Vertragsangebot informiert worden. „Morgens haben die sich noch die allergrößten Sorgen gemacht – und nachmittags hieß es plötzlich, es gibt für den ganzen Betrieb keine Zukunft“, sagte Stichter weiter. „Ihr solltet euch überlegen, mit welchem Engagement ihr diesen Job die verbleibenden Monate noch ausüben werdet“, rief er der versammelten Belegschaft zu.

Stichter hofft nun, dass wenigstens ein Teil der übrigen Belegschaft an andere HP-Standorte wechseln kann. Für alle anderen werde über Abfindungen und Qualifizierungsmaßnahmen verhandelt, um den Stellenabbau so sozialverträglich wie möglich zu gestalten – „wenn wir schon den Standort nicht retten können“.